

**SATZUNG**  
**ÜBER DIE ENTWÄSSERUNG DER GRUNDSTÜCKE UND DEN ANSCHLUSS**  
**AN DIE ÖFFENTLICH ABWASSERBESEITIGUNGSEINRICHTUNG**  
**- ALLGEMEINE ENTWÄSSERUNGSSATZUNG -**  
**DER VERBANDSGEMEINDE ZELL (MOSEL)**  
**VOM 11. OKTOBER 2012**

Der Verbandsgemeinderat hat in seiner Sitzung am 10.10.2012 auf Grund der §§ 24 und 26 der Gemeindeordnung (GemO) sowie des § 52 Abs. 1 und 3 des Landeswassergesetzes (LWG) folgende Satzung beschlossen, die hiermit bekanntgemacht wird:

**INHALTSÜBERSICHT**

- § 1 Allgemeines
- § 2 Begriffsbestimmungen
- § 3 Anschluss- und Benutzungsrecht
  - § 4 Ausschluss und Beschränkung des Anschlussrechtes
  - § 5 Ausschluss und Beschränkung des Benutzungsrechts
- § 6 Abwasseruntersuchungen
- § 7 Anschlusszwang
- § 8 Benutzungszwang
- § 9 Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang
- § 10 Grundstücksanschlüsse
- § 11 Grundstücksentwässerungsanlagen
- § 12 Hebeanlagen, Pumpen, Abscheider
- § 13 Abwassergruben
- § 14 Kleinkläranlagen
- § 15 Kleinkläranlage mit weitergehender Abwasserreinigung
- § 16 Niederschlagswasserbewirtschaftung
- § 17 Antrag auf Anschluss und Benutzung, Genehmigung
- § 18 Abnahme und Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlagen, Zutrittsrecht
- § 19 Informations- und Meldepflichten
- § 20 Haftung
- § 21 Inkrafttreten

Anhang 1: Darstellung der Entwässerungssysteme

Anhang 2: Allgemeine Richtwerte für die wichtigsten Beschaffenheitskriterien

Anhang 3: Technische Anforderungen an die „private“ Niederschlagswasserbewirtschaftung

## **§ 1**

### **Allgemeines**

- (1) Die Verbandsgemeinde betreibt in ihrem Gebiet die Abwasserbeseitigung als öffentliche Einrichtung. Das Betreiben der öffentlichen Einrichtung beinhaltet
  1. das Sammeln, Ableiten und Behandeln des Abwassers in Abwasseranlagen,
  2. die Abfuhr des in geschlossenen Gruben anfallenden Abwassers und die Entsorgung über die Abwasseranlagen und
  3. das Einsammeln und Abfahren des in Kleinkläranlagen anfallenden Schlammes und dessen ordnungsgemäße Beseitigung bzw. Verwertung.
  
- (2) Die Art der Entwässerung (Mischsystem, Trennsystem, qualifiziertes Trennsystem u.a.) ist als Anhang 1 für das gesamte Gebiet der Verbandsgemeinde dargestellt. Die Ausweisung hat keine rechtsbegründende Wirkung. Inhaltliche oder flächenmäßige Änderungen der Entwässerung werden öffentlich bekannt gemacht.
  
- (3) Art, Form und Umfang der öffentlichen Abwasseranlagen sowie der Zeitpunkt ihrer Herstellung und ihres Ausbaus (Erweiterung, Erneuerung, Verbesserung und Umbau) bestimmt die Verbandsgemeinde im Rahmen der hierfür geltenden Gesetze und sonstigen rechtlichen Bestimmungen unter Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Ein Rechtsanspruch auf Herstellung neuer oder den Aus- und Umbau bestehender öffentlicher Abwasseranlagen besteht nicht.
  
- (4) Für die nach § 53 LWG von der öffentlichen Abwasserbeseitigung freigestellten Grundstücke gelten die §§ 5, 6, 11, 12, 18, 20 und 21 dieser Satzung sinngemäß.

## **§ 2**

### **Begriffsbestimmungen**

1. *Öffentliche Abwasserbeseitigungseinrichtung*  
Zur öffentlichen Abwasserbeseitigungseinrichtung gehören alle öffentlichen Abwasseranlagen.
  
2. *Öffentliche Abwasseranlage*  
Öffentliche Abwasseranlagen haben den Zweck, das im Verbandsgemeindegebiet anfallende Abwasser zu sammeln, den Abwasserbehandlungsanlagen zuzuleiten und zu reinigen.  
Zu den öffentlichen Abwasseranlagen gehören die Kläranlagen, Verbindungssammler, Hauptsammler, Regenrückhaltebecken, Regenentlastungsanlagen, Pumpwerke, gemeinschaftlich genutzte Anlagen- und Anlagenteile (insbesondere bei Zweckverbänden), die Flächenkanalisation (Straßenleitungen und Abwasserleitungen außerhalb des öffentlichen Verkehrsraums).  
Zu den öffentlichen Abwasseranlagen zählen auch Anlagen Dritter, die die Verbandsgemeinde als Zweckverbandsmitglied, auf Grund einer Zweckvereinbarung oder eines privatrechtlichen Vertrages in Anspruch nimmt.  
  
Zu den öffentlichen Abwasseranlagen zählen weiterhin Anlagen zur Niederschlagswasser-beseitigung (z.B. Versickerungsanlagen, Mulden, Rigolen, offene und geschlossene Gräben), soweit sie keine natürlichen Gewässer im Sinne des Landeswassergesetzes sind und der öffentlichen Abwasserbeseitigung dienen.
  
3. *Abwasser*  
Abwasser im Sinne dieser Satzung ist das durch häuslichen, gewerblichen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Gebrauch in seinen Eigenschaften veränderte Wasser (Schmutzwasser) und das von Niederschlägen aus dem Bereich von bebauten oder befestigten Flächen abfließende und zum Fortleiten gesammelte Wasser (Niederschlagswasser), soweit dieses nach den Vorgaben des § 51 Abs. 2 Nr. 2 LWG nicht am Ort des Anfalls verwertet oder ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit in anderer Weise beseitigt werden kann, sowie sonstiges zusammen mit Schmutz- oder Niederschlagswasser in Abwasseranlagen abfließendes Wasser.
  
4. *Grundstücksanschluss*  
Grundstücksanschluss ist der Verbindungskanal nach § 10 Abs. 1 und 2 zwischen dem Kanal (Verbindungssammler, Hauptsammler, Flächenkanalisation) und der Grundstücksgrenze zum öffentlichen Verkehrsraum.

Liegt der Kanal außerhalb des öffentlichen Verkehrsraums, gilt als Grundstücksanschluss der Verbindungskanal zwischen Grundstücksgrenze und Kanal. Liegt der Kanal auf dem anzuschließenden Grundstück, gilt der Anschlussstutzen als Grundstücksanschluss.

5. *Grundstück*

Grundstück im Sinne dieser Satzung ist das Grundstück gemäß Grundbuchrecht. Als Grundstück gilt darüber hinaus unabhängig von der Eintragung im Grundbuch jeder zusammenhängende, angeschlossene oder anschließbare Grundbesitz, der eine wirtschaftliche Einheit bildet. Befinden sich auf einem Grundstück mehrere bauliche Anlagen, oder sind solche vorgesehen, können für jede dieser Anlagen die für Grundstücke maßgeblichen Vorschriften dieser Satzung entsprechend angewandt werden; die Entscheidung hierüber trifft die Verbandsgemeinde.

6. *Grundstückseigentümer*

Grundstückseigentümer ist derjenige, der im Grundbuch als Eigentümer eingetragen ist. Ihm gleichgestellt sind nach dieser Satzung Erbbauberechtigte, Wohnungseigentümer, Nießbraucher und solche Personen, die die tatsächliche Gewalt über eine bauliche Anlage oder ein Grundstück ausüben. Soweit bei Eigentumswohnanlagen ein Verwalter bestellt ist, ist dieser Vertreter der Adressaten aus den Rechtsverhältnissen dieser Satzung. Bei mehreren Eigentümern einer wirtschaftlichen Einheit kann sich die Verbandsgemeinde an jeden einzelnen halten.

7. *Grundstücksentwässerungsanlagen*

Grundstücksentwässerungsanlagen sind Einrichtungen, die der Sammlung, Vorbehandlung, Prüfung und Ableitung des Abwassers bis zum Grundstücksanschluss dienen. Hierzu gehören auch Kleinkläranlagen und Abwassergruben.

8. *Kanäle*

Kanäle sind die Flächenkanalisation, Verbindungssammler und Hauptsammler zum Sammeln des Abwassers im Entsorgungsgebiet.

9. *Abwassergruben*

Abwassergruben sind abflusslose Gruben, die der Sammlung des auf einem Grundstück anfallenden Schmutzwassers dienen, soweit für das Grundstück keine Anschlussmöglichkeit an die leitungsgebundene Abwasserbeseitigungseinrichtung besteht.

10. *Kleinkläranlagen*

Kleinkläranlagen dienen der Behandlung und Beseitigung des auf einem Grundstück anfallenden Schmutzwassers, soweit dafür keine Anschlussmöglichkeit an die leitungsgebundene Abwasserbeseitigungseinrichtung besteht.

11. *Einrichtungen der Straßenentwässerung und der Außengebietsentwässerung*

Keine Anlagen der Abwasserbeseitigung sind solche Einrichtungen, die ausschließlich der Straßenentwässerung oder der Außengebietsentwässerung dienen.

12. *Technische Bestimmungen*

Die nachfolgenden technischen Normen bzw. Regeln, auf die in dieser Satzung verwiesen wird, sind Bestandteil dieser Satzung und können bei dem Einrichtungsträger während der Dienststunden eingesehen werden:

1. DWA-M 115 – Teil 2 (zu § 5 Abs. 3 und zu Anhang 2);
2. DIN EN 752 sowie DIN 1986, Teile 3, 4, 30 und 100 (zu § 11 Abs. 1);
3. DIN 4261 – Teil 2 (zu § 14 Abs. 1 und 4),
4. DWA-A 138 (zu Anhang 3 Buchst. d));
5. Merkblatt für die Kontrolle und Wartung von Sickeranlagen – Ausgabe 2002 – der Forschungsanstalt für Straßen- und Verkehrswesen, Arbeitsgruppe „Erd- und Grundbau“ (zu Anhang 3 Buchst. f)).

### **§ 3**

#### **Anschluss- und Benutzungsrecht**

- (1) Jeder Grundstückseigentümer ist berechtigt, den Anschluss seines Grundstückes an die Abwasserbeseitigungseinrichtung zu verlangen (Anschlussrecht). Dieses Recht erstreckt sich nur auf solche Grundstücke, die durch betriebsfertige Abwasseranlagen oder Teile hiervon erschlossen sind oder für die ein Leitungsrecht zu solchen Anlagen (z.B. durch einen öffentlichen Weg, einen dem Grundstückseigentümer gehörenden Privatweg, eine Baulast oder ein dinglich gesichertes Leitungsrecht) besteht. Die Herstellung neuer oder die Erweiterung oder Änderung bestehender Anlagen kann nicht verlangt werden.
- (2) Jeder Grundstückseigentümer ist berechtigt, in die betriebsfertigen Abwasseranlagen oder Teile hiervon nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen, dieser Satzung und der technischen Vorschriften für den Bau und Betrieb von Grundstücksentwässerungsanlagen das auf seinem Grundstück anfallende Abwasser einzuleiten (Benutzungsrecht). Dies gilt auch für sonstige zur Nutzung eines Grundstückes oder einer baulichen Anlage Berechtigte.
- (3) Das Anschluss- und Benutzungsrecht erstreckt sich auch auf Anlagen Dritter, soweit die Verbandsgemeinde über den Anschluss und die Benutzung wie bei eigenen Anlagen verfügen kann.

### **§ 4**

#### **Ausschluss und Beschränkungen des Anschlussrechtes**

- (1) Die Verbandsgemeinde kann den Anschluss von Grundstücken an die öffentliche Abwasseranlage versagen, wenn der Anschluss technisch oder wegen eines damit verbundenen unverhältnismäßig hohen Aufwandes nicht möglich ist. Der Anschluss kann auch nach Maßgabe der in § 5 Abs. 5 geregelten Tatbestände der Niederschlagswasserbewirtschaftung ganz oder teilweise ausgeschlossen werden. Der Anschluss ist dann zu genehmigen, wenn Grundstückseigentümer sich zuvor verpflichtet, die dadurch entstehenden Bau- und Folgekosten zu übernehmen.
- (2) Für die Entwässerung von Grundstücken, für die kein Anschlussrecht vorliegt, gelten, wenn keine Befreiung nach § 53 LWG ausgesprochen ist, die Bestimmungen über die nicht leitungsgebundene Abwasserbeseitigung (§§ 13, 14 und 15) dieser Satzung.
- (3) Solange Grundstücke nicht unmittelbar durch einen betriebsfertigen Kanal erschlossen sind, kann dem Grundstückseigentümer auf Antrag widerruflich auf seine eigenen Kosten ein provisorischer Anschluss an einen anderen betriebsfertigen Kanal gestattet werden. Der provisorische Anschluss ist von dem Grundstückseigentümer zu unterhalten, zu ändern und zu erneuern. Die Verbandsgemeinde bestimmt die Stelle des Anschlusses, die Ausführung und die Wiederherstellung der für den provisorischen Anschluss in Anspruch genommenen Verkehrsflächen. Werden die Voraussetzungen für den Anschluss- und Benutzungszwang (§§ 7, 8 dieser Satzung) geschaffen, so hat der Grundstückseigentümer den provisorischen Anschluss auf seine Kosten stillzulegen oder zu beseitigen.

### **§ 5**

#### **Ausschluss und Beschränkung des Benutzungsrechtes**

- (1) Dem Abwasser dürfen Stoffe nicht beigefügt werden, die
  - die Reinigungswirkung der Kläranlagen, den Betrieb der Schlammbehandlungsanlagen und die Schlammabeseitigung und -verwertung beeinträchtigen,
  - die öffentlichen Abwasseranlagen angreifen, ihre Funktionsfähigkeit oder Unterhaltung behindern oder gefährden,
  - die dort beschäftigten Personen gefährden oder deren Gesundheit beeinträchtigen
  - sich sonst schädlich auf die Umwelt, insbesondere auf die Gewässer auswirken.

Insbesondere sind ausgeschlossen:

1. Stoffe- auch in zerkleinertem Zustand - die zu Ablagerungen oder Verstopfungen in den öffentlichen Abwasseranlagen führen können, z.B. Schutt, Asche, Sand, Kies, Faserstoffe, Zement, Kunstharze, Teer, Pappe, Dung, Küchenabfälle, Schlachtabfälle, Treber, Hefe sowie flüssige Stoffe, die erhärten;

2. feuergefährliche, explosive, giftige, fett- oder ölhaltige Stoffe wie Benzin, Phenole, Öle und dgl. Säuren, Laugen, Salze, Reste von Pflanzenschutzmitteln oder vergleichbare Chemikalien, Blut, mit Krankheitskeimen behaftete Stoffe, radioaktive Stoffe, Stoffe oder Stoffgruppen, die wegen der Besorgung einer Giftigkeit, Langlebigkeit, Anreicherungsfähigkeit oder einer krebserzeugenden, fruchtschädigenden oder erbgutverändernden Wirkung als gefährlich zu bewerten sind wie Schwermetalle, halogenierte Kohlenwasserstoffe, polyzyklische Aromate sowie der Inhalt von Chemietoiletten;
3. Abwässer aus der Tierhaltung, Silosickersaft und Molke;
4. faulendes und sonst übelriechendes Abwasser, z.B. milchsaure Konzentrate, Krautwasser;
5. Abwasser, das schädliche oder belästigende Gase oder Dämpfe verbreiten kann;
6. Hefe und Trubstoffe aus der Weinbereitung mit Ausnahme der Mengen, die nach dem Stand der Kellertechnik nicht aus dem Abwasser ferngehalten werden können;
7. Farbstoffe, soweit sie zu einer deutlichen Verfärbung des Abwassers in der Kläranlage oder des Gewässers führen;
8. Einleitungen, für die eine nach §§ 55 LWG erforderliche Genehmigung nicht vorliegt oder die den Genehmigungsanforderungen nicht entsprechen.

Vor Einleitung von Kondensaten aus Brennwertfeuerstätten ist bei einer Nennwärmeleistung von über 25 kW bei Ölf Feuerungsanlagen, 50 kW bei Feuerungsanlagen mit festen Brennstoffen bzw. 200 kW bei Gasfeuerungen eine Neutralisation erforderlich. Im Übrigen darf das Kondensat unbehandelt eingeleitet werden, sofern eine ausreichende Durchmischung mit dem übrigen häuslichen Abwasser gewährleistet ist.

- (2) Die Benutzung ist ausgeschlossen, soweit dem Grundstückseigentümer die Abwasserbeseitigungspflicht nach § 53 LWG übertragen wurde.
- (3) Abwasser darf in der Regel in Abwasseranlagen nicht eingeleitet werden, wenn die in Anhang 2 aufgeführten Richtwerte, die Bestandteil dieser Satzung sind, überschritten werden (entspricht DWA-M 115 - Teil 2 in der Fassung Juli 2005). Diese Werte sind an der Einleitungsstelle in die öffentliche Abwasseranlage einzuhalten und sind als Zweistundenmischprobe zu ermitteln.
- (4) Die Verbandsgemeinde kann im Einzelfall über die Richtwerte des Anhangs 2 hinaus weitergehende Anforderungen an die Qualität des Abwassers an der Übergabestelle oder am Anfallort stellen, wenn dies für den Betrieb der öffentlichen Abwasseranlagen erforderlich ist; sie kann die Einleitung auch von einer Vorbehandlung, Rückhaltung oder Speicherung abhängig machen.
- (5) Die Verbandsgemeinde kann nach Maßgabe der der Niederschlagswasserbeseitigung zugrunde liegenden Entwässerungsplanung die Einleitung von Niederschlagswasser ganz oder teilweise ausschließen oder von einer Vorbehandlung, Rückhaltung oder Speicherung abhängig machen, wenn seine Beschaffenheit oder Menge dies insbesondere im Hinblick auf den Betrieb der öffentlichen Abwasseranlagen oder auf sonstige öffentliche Belange dies erfordert. Die Verbandsgemeinde kann den Ausschluss der Einleitung nach Satz 1 auch mit der Festsetzung verbinden, das Niederschlagswasser einer Verwertung auf dem Grundstück oder einer schadlosen Ableitung zuzuführen.
- (6) Wasser, das kein Schmutz- oder Niederschlagswasser ist (z.B. aus Grundstücksdrainagen, Quellen und Gewässern), darf nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der Verbandsgemeinde eingeleitet werden.
- (7) Die Verbandsgemeinde kann vom Grundstückseigentümer bzw. Benutzer der Abwasseranlage Erklärungen und Nachweise darüber verlangen, dass
  1. keine der in Abs. 1 genannten Stoffe eingeleitet werden,
  2. die nach Abs. 3 und 4 bestimmten Richt- oder Grenzwerte eingehalten werden,
  3. die Erfordernisse nach Abs. 5 eingehalten werden,
  4. entsprechend Abs. 6 verfahren wird

In Einzelfällen können Ausnahmen zugelassen werden, wenn öffentliche Belange nicht entgegenstehen, die Versagung der Ausnahme eine unbillige Härte bedeuten würde und der Antragsteller die entstehenden Mehrkosten übernimmt.

## **§ 6**

### **Abwasseruntersuchungen**

- (1) Die Verbandsgemeinde ist berechtigt, jederzeit die Grundstücksentwässerungsanlagen darauf zu überprüfen oder überprüfen zu lassen, ob die Einleitungsbedingungen nach § 5 dieser Satzung eingehalten werden. Sie kann zu diesem Zweck jederzeit Proben aus den Abwasseranlagen entnehmen und untersuchen oder Messgeräte in den Revisionsschächten/ Revisionsöffnungen installieren. Soweit kein Revisionsschacht/Revisionsöffnung vorhanden ist, ist die Verbandsgemeinde berechtigt, sonstige zur Messung erforderliche Maßnahmen zu ergreifen.
- (2) Die Verbandsgemeinde ist berechtigt, jederzeit die Abwässer aus Abwassergruben und aus Kleinkläranlagen auf die Einhaltung der allgemeinen Richtwerte des Anhangs 2 oder auf die in der entsprechenden wasserrechtlichen Erlaubnis festgesetzten Parameter zu überprüfen oder überprüfen zu lassen. Die Abwasseruntersuchungen erfolgen durch qualifizierte Stichprobe. Die Maßgaben für die Analysen- und Messverfahren zu § 4 Abwasserverordnung sind zu beachten.
- (3) Die Kostentragungspflicht für die Überwachungsmaßnahmen nach Abs. 1 und 2 richtet sich nach der Entgeltsatzung Abwasserbeseitigung.
- (4) Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, der Verbandsgemeinde die für die Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlage und des Abwassers erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Das Zutrittsrecht zum Grundstück richtet sich nach § 18 dieser Satzung.
- (5) Werden bei einer Untersuchung des Abwassers Verstöße gegen § 5 dieser Satzung festgestellt, haben die Grundstückseigentümer oder die sonstigen zur Nutzung des Grundstückes oder der baulichen Anlage Berechtigten diese unverzüglich abzustellen.

## **§ 7**

### **Anschlusszwang**

- (1) Die nach § 3 dieser Satzung zum Anschluss Berechtigten sind verpflichtet, Grundstücke, auf denen Abwasser anfällt oder anfallen kann, an die Abwasserbeseitigung anzuschließen (Anschlusszwang), sobald diese bebaut oder mit der Bebauung begonnen und die Grundstücke durch eine betriebsfertige Abwasseranlage erschlossen sind. Befinden sich auf einem Grundstück mehrere räumlich und funktional getrennte Gebäude, in denen oder durch die Abwasser anfällt oder anfallen kann, so sind diese anzuschließen. Die betriebsfertige Herstellung der Abwasseranlagen, die nach Inkrafttreten dieser Satzung fertig gestellt werden, macht die Gemeinde öffentlich bekannt. Mit dem Vollzug der öffentlichen Bekanntmachung wird der Anschlusszwang wirksam.
- (2) Die Anschlussnehmer sind verpflichtet, binnen zwei Monaten nach einer öffentlichen Bekanntmachung oder Mitteilung über die Anschlussmöglichkeit den Anschluss des Grundstückes an die betriebsfertige Abwasseranlage vorzunehmen. Sie haben eine ggf. erforderliche rechtliche Sicherung des Durchleitungsrechts über Fremdgrundstücke durch eine im Grundbuch einzutragende Dienstbarkeit zu gewährleisten und gegenüber der Verbandsgemeinde bei Aufforderung in der Regel binnen drei Monaten nachzuweisen.
- (3) Bei Neu- und Umbauten von baulichen Anlagen durch Grundstückseigentümer kann die Verbandsgemeinde von diesen verlangen, dass Vorkehrungen für den späteren Anschluss an die Abwasseranlagen getroffen werden.
- (4) Unbebaute Grundstücke sind anzuschließen, wenn dies im Interesse des Wohls der Allgemeinheit geboten ist. Im Übrigen können diese Grundstücke auf Antrag angeschlossen werden.
- (5) Besteht zu einer Abwasseranlage/ einem Kanal kein natürliches Gefälle, so ist der Grundstückseigentümer zum Einbau und Betrieb einer Hebeanlage oder vergleichbarem (z.B. Pumpstation oder Druckentwässerung) verpflichtet, um einen rückstaufreien Abfluss zu erreichen.

- (6) Nicht dem Anschlusszwang unterliegt Niederschlagswasser, wenn es am Ort des Anfalls verwertet oder ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit in anderer Weise beseitigt werden kann.

## **§ 8**

### **Benutzungszwang**

- (1) Das gesamte, auf einem angeschlossenen Grundstück anfallende Abwasser ist in die öffentlichen Abwasseranlagen einzuleiten.
- (2) Nicht dem Benutzungszwang unterliegt:
1. Abwasser, das nach § 5 der Satzung ausgeschlossen ist,
  2. Abwasser, für das Grundstückseigentümer gem. § 53 Abs. 3 und 4 LWG die Beseitigungspflicht übertragen wurde,
  3. Niederschlagswasser, wenn es am Ort des Anfalls verwertet oder ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit in anderer Weise beseitigt werden kann.

## **§ 9**

### **Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang**

- (1) Der Grundstückseigentümer kann vom Anschluss- und Benutzungszwang befristet oder unbefristet, ganz oder teilweise befreit werden, soweit der Anschluss des Grundstücks auch unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Gemeinwohls eine unbillige und unzumutbare Härte wäre. Ein Befreiungsantrag ist schriftlich unter Angabe der Gründe spätestens einen Monat vor dem Zeitpunkt zu stellen, zu dem die Befreiung vom Anschlusszwang wirksam werden soll; in den Fällen des § 17 Abs. 1 dieser Satzung müssen Anträge zwei Wochen nach der öffentlichen Bekanntmachung bei der Verbandsgemeinde gestellt werden.
- (2) Will der Grundstückseigentümer die Befreiung nicht mehr oder nur noch eingeschränkt in Anspruch nehmen, gelten die Bestimmungen dieser Satzung insoweit wieder in vollem Umfang.
- (3) Eine Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang kann jederzeit widerrufen werden. Die Verbandsgemeinde hat sie zu widerrufen, wenn das Gemeinwohl oder Dritte gefährdet, insbesondere gesundheitsgefährdende Missstände zu beseitigen sind. Für Grundstücke, die auf das Schmutzwasser bezogen vom Anschluss- und Benutzungszwang befreit sind, gelten die Bestimmungen über die nicht leitungsgebundene Abwasserbeseitigung (§§ 13, 14 und 15) dieser Satzung.

## **§ 10**

### **Grundstücksanschlüsse**

- (1) Die Verbandsgemeinde stellt den für den erstmaligen Anschluss eines Grundstücks notwendigen Grundstücksanschluss entsprechend dem von ihr vorgehaltenen Entwässerungssystem bereit. Werden Gebiete im Trennsystem entwässert, gelten die Grundstücksanschlüsse für Schmutz- und Niederschlagswasser als ein Anschluss. Die Grundstücksanschlüsse werden ausschließlich von der Verbandsgemeinde hergestellt, unterhalten, erneuert, geändert, abgetrennt und beseitigt. Das Schmutz- und Niederschlagswasser ist den jeweils dafür bestimmten Leitungen zuzuführen.
- (2) Die Verbandsgemeinde kann auf Antrag mehr als einen Grundstücksanschluss zulassen, soweit sie es für technisch notwendig erachtet. Diese Grundstücksanschlüsse sind zusätzliche Grundstücksanschlüsse. Die zusätzlichen Grundstücksanschlüsse werden von der Verbandsgemeinde auf Kosten des Grundstückseigentümer hergestellt, unterhalten, geändert, erneuert und beseitigt.
- (3) Die Verbandsgemeinde kann in Ausnahmefällen den Anschluss mehrerer Grundstücke an einen gemeinsamen Grundstücksanschluss zulassen. Dies setzt voraus, dass die beteiligten Grundstückseigentümer die Verlegung, Unterhaltung und Benutzung der Grundstücksentwässerungsanlage auf dem jeweiligen fremden Grundstück durch dingliches Leitungsrecht gesichert haben.

- (4) Ist ein Grundstück über mehrere Grundstücksanschlüsse angeschlossen, so gilt als Grundstücksanschluss im Sinne des § 10 Abs. 1 dieser Satzung und der Entgeltsatzung Abwasserbeseitigung derjenige Grundstücksanschluss, über den der überwiegende Teil des auf dem Grundstück anfallenden Schmutzwassers abgeleitet wird. Alle weiteren Grundstücksanschlüsse gelten als zusätzliche Grundstücksanschlüsse im Sinne der Entgeltsatzung Abwasserbeseitigung. Als zusätzliche Grundstücksanschlüsse gelten auch alle Leitungen innerhalb des öffentlichen Verkehrsraums, die von dem Grundstücksanschluss im Sinne des § 10 Abs. 3 Satz 1 dieser Satzung abzweigen; dies gilt insbesondere für abzweigende Leitungen zum Anschluss einer Dachrinne.
- (5) Soweit für die Verbandsgemeinde nachträglich die Notwendigkeit erwächst, weitere Grundstücksanschlüsse zu verlegen (z.B. bei Grundstücksteilung), gelten diese als zusätzliche Grundstücksanschlüsse im Sinne der Entgeltsatzung Abwasserbeseitigung.
- (6) Art, Ausführung, Zahl und Lage der Grundstücksanschlüsse, insbesondere Eintrittsstelle und lichte Weite sowie deren Änderung werden nach Anhörung des Grundstückseigentümers und unter Berücksichtigung seiner berechtigten Interessen von der Verbandsgemeinde bestimmt. Der Grundstückseigentümer kann nicht verlangen, dass die Kanäle so tief verlegt werden, dass die auf dem Grundstück zulässigen baulichen Anlagen in natürlichem Gefälle angeschlossen werden können.
- (7) Für Unterhaltungsmaßnahmen an Grundstücksanschlüssen im öffentlichen Verkehrsraum, die durch den Grundstückseigentümer verursacht sind, hat dieser die Kosten zu tragen.

## § 11

### Grundstücksentwässerungsanlagen

- (1) Der Grundstückseigentümer hat die Grundstücksentwässerungsanlagen auf seine Kosten herzustellen, zu unterhalten und nach Bedarf zu reinigen. Er hat die Verbindung der Grundstücksentwässerungsanlagen mit dem Grundstücksanschluss im Einvernehmen mit der Verbandsgemeinde herzustellen. Für jede Schmutz- und Mischwasserleitung ist ein Revisionschacht bzw. eine Revisionsöffnung auf dem zu entwässernden Grundstück herzustellen. Revisionschächte sind so nahe wie möglich an die öffentliche Abwasseranlage zu setzen; sie müssen jederzeit frei zugänglich und bis auf Rückstauenebene wasserdicht ausgeführt sein. Grundstücksentwässerungsanlagen sind nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik herzustellen und zu betreiben, insbesondere nach den technischen Bestimmungen der DIN EN 752 (Entwässerungssysteme außerhalb von Gebäuden) bzw. der DIN 1986 (Entwässerungsanlagen für Gebäude und Grundstücke).
- (2) Gegen den Rückstau des Abwassers aus Kanälen hat sich jeder Grundstückseigentümer selbst nach den jeweils in Betracht kommenden Verfahren nach dem Stand der Technik zu schützen.  
Als Rückstauenebene gilt die Straßenhöhe an der Anschlussstelle, sofern durch öffentliche Bekanntmachung nach § 7 Abs. 1 dieser Satzung nichts anderes festgelegt ist. Für bestehende Kanäle kann die Verbandsgemeinde die Rückstauenebene anpassen. Den betroffenen Grundstückseigentümern ist eine angemessene Frist zur Anpassung der Grundstücksentwässerungsanlagen einzuräumen.
- (3) Die Verbandsgemeinde ist im technisch erforderlichen Umfang befugt, mit dem Bau und der Erneuerung der Grundstücksanschlüsse einen Teil der Grundstücksentwässerungsanlagen, einschließlich der Revisionschächte/Revisionsöffnungen sowie etwaiger Prüf- und Kontrollschächte/-öffnungen, herzustellen und zu erneuern. Der Aufwand ist der Verbandsgemeinde vom Grundstückseigentümer zu ersetzen.
- (4) Bestehende Grundstücksentwässerungsanlagen sind vom Grundstückseigentümer auf seine Kosten zu ändern, wenn Menge und Art des Abwassers dies notwendig machen oder die Anlagen nicht mehr den jeweils geltenden technischen Bestimmungen im Sinne des Abs. 1 entsprechen. Die Verbandsgemeinde kann eine solche Anpassung verlangen. Sie hat dazu dem Grundstückseigentümer eine angemessene Frist zu setzen. Weiterhin ist die Verbandsgemeinde berechtigt, sich vom Grundstückseigentümer nachträglich Unterlagen über die Grundstücksentwässerungsanlagen, insbesondere Bestandspläne vorlegen zu lassen, soweit dies erforderlich ist, um die Einhaltung der Anforderungen nach Abs. 1 sowie nach Anhang 2 dieser Satzung zu gewährleisten.
- (5) Änderungen, die den Anschluss der Grundstücksentwässerungslage an den Grundstücksanschluss im öffentlichen Verkehrsraum betreffen, und die infolge einer nicht vom Grundstückseigentümer zu vertretenden Änderung der öffentlichen Abwasseranlagen notwendig werden, führt die Verbandsgemeinde auf ihre Kosten



aus, soweit nichts anderes bestimmt ist. Dies gilt nicht in den Fällen, in denen Änderungen der öffentlichen Abwasseranlagen auf gesetzlichen Vorgaben und daraus basierenden Anforderungen der Wasserwirtschaftsverwaltung beruhen.

- (6) Wird eine Grundstücksentwässerungsanlage ganz oder teilweise - auch vorübergehend - außer Betrieb besetzt, so kann die Verbandsgemeinde den Grundstücksanschluss verschließen oder beseitigen. Die Kosten trägt der Grundstückseigentümer.

## **§ 12**

### **Hebeanlagen, Pumpen, Abscheider**

- (1) Der Grundstückseigentümer hat auf seine Kosten eine Abwasserhebeanlage einzubauen, zu betreiben und zu unterhalten, wenn dies für die Ableitung des Abwassers notwendig ist. Besteht keine andere Möglichkeit, kann die Abwasserhebeanlage im Einvernehmen mit der Verbandsgemeinde in den Grundstücksanschluss eingebaut werden. Satz 1 gilt sinngemäß für Pumpenanlagen bei Grundstücken, die an Abwasserdruckleitungen angeschlossen werden.
- (2) Auf Grundstücken, auf denen Fette, Leichtflüssigkeiten wie Benzin oder Benzol sowie Öle oder Ölrückstände oder sonstige Stoffe, die getrennt zu entsorgen sind, in das Abwasser gelangen können, sind Vorrichtungen zur Abscheidung dieser Stoffe aus dem Abwasser (Abscheider mit dazugehörigen Schlammfängen) nach dem Stand der Technik zu betreiben, zu unterhalten und bei Bedarf zu erneuern. Die Abscheider mit den dazugehörigen Schlammfängen sind vom Grundstückseigentümer in regelmäßigen Zeitabständen, darüber hinaus bei besonderem Bedarf, zu leeren und zu reinigen. Für die Beseitigung der anfallenden Stoffe gelten die Vorschriften des Abfallrechts über die Abfallbeseitigung. Der Grundstückseigentümer hat jede Entleerung und Reinigung von Abscheidern mit den dazugehörigen Schlammfängen der Verbandsgemeinde innerhalb von zwei Wochen nach der Entleerung mitzuteilen und nachzuweisen, wo der Inhalt geblieben ist.
- (3) Zerkleinerungsgeräte für Küchenabfälle, Müll, Papier und dergleichen sowie Handtuchspender mit Spülvorrichtung dürfen nicht an Grundstücksentwässerungsanlagen angeschlossen werden.

## **§ 13**

### **Abwassergruben**

- (1) Der Grundstückseigentümer hat auf Grundstücken, die auf Dauer nicht an Kanäle angeschlossen sind oder angeschlossen werden können, auf denen aber Abwasser anfällt, auf seine Kosten ausreichend bemessene geschlossene Abwassergruben als Grundstücksentwässerungsanlagen nach dem Stand der Technik zu errichten und zu betreiben; die Verbandsgemeinde bestimmt den Zeitpunkt, bis zu dem Abwassergruben errichtet sein müssen. Ausnahmen nach § 53 Abs. 3 LWG bleiben unberührt. Das in landwirtschaftlichen Betrieben durch Viehhaltung anfallende Abwasser ist getrennt vom häuslichen Abwasser zu sammeln.
- (2) Die Abfuhr des Abwassers aus Gruben erfolgt nach Bedarf, jedoch mindestens einmal pro Jahr. Auf anderen rechtlichen Grundlagen beruhende weitergehende Verpflichtungen bleiben unberührt.
- (3) Das Entleeren der Gruben und die Abfuhr erfolgen nach einem Abfuhrplan der Verbandsgemeinde, der öffentlich bekannt gemacht wird. Darüber hinaus hat der Grundstückseigentümer zusätzlich erforderliche Entleerungen spätestens dann zu beantragen, wenn die Abwassergrube bis auf 50 cm unter Zulauf aufgefüllt ist. Der Antrag kann schriftlich oder mündlich gestellt werden.
- (4) Auch ohne vorherigen Antrag und außerhalb des Abfuhrplanes kann die Verbandsgemeinde die Abwassergruben entleeren, wenn besondere Umstände dieses erfordern oder die Voraussetzungen für die Entleerung vorliegen und ein Antrag auf Entleerung unterbleibt.
- (5) Zum Abfuhrtermin hat der Grundstückseigentümer die Abwassergrube freizulegen und die Zufahrt zu gewährleisten.
- (6) Das Abwasser ist der Verbandsgemeinde zu überlassen (Benutzungszwang). Es geht mit der Übernahme in das Eigentum der Verbandsgemeinde über. Sie ist nicht verpflichtet, darin nach verlorenen Gegenständen zu suchen oder suchen zu lassen. Werden Wertgegenstände gefunden, sind sie als Fundsache zu behandeln.

## **§ 14**

### **Kleinkläranlagen**

- (1) Kleinkläranlagen sind nach dem Stand der Technik, insbesondere DIN 4261 Teil 2 „Kleinkläranlagen - Anlagen mit Abwasserbelüftung“, herzustellen und zu betreiben.
- (2) Kleinkläranlagen sind außer Betrieb zu setzen, sobald eine Abwasserbeseitigung durch eine der Entwässerungsplanung entsprechende zentrale oder gemeinschaftliche Abwasseranlage der Verbandsgemeinde möglich ist. Die Verbandsgemeinde macht diesen Zeitpunkt öffentlich bekannt. Dabei ist eine angemessene Frist zur Stilllegung zu setzen. Stillgelegte Kleinkläranlagen sind zu entleeren, zu reinigen und mit geeignetem Material zu verfüllen oder zu Reinigungsschächten umzubauen oder zu beseitigen; der Umbau zu Speichern für die Sammlung von Niederschlagswasser kann von der Verbandsgemeinde zugelassen werden.
- (3) Die Entschlammung der Kleinkläranlagen erfolgt nach einem öffentlich bekanntgemachten Abfuhrplan der Verbandsgemeinde.
- (4) Auch ohne vorherigen Antrag und außerhalb des Abfuhrplanes kann die Verbandsgemeinde die Kleinkläranlagen entschlammen, wenn besondere Umstände dieses erfordern oder die Voraussetzungen für die Entschlammung vorliegen und ein Antrag auf Entschlammung unterbleibt.

## **§ 15**

### **Kleinkläranlage mit weitergehender Abwasserreinigung**

- (1) Auf Antrag des Grundstückseigentümers kann zur Beseitigung des häuslichen Schmutzwassers abweichend von § 13 die Errichtung einer Kleinkläranlage mit weitergehender Abwasserreinigung (Z.B. Pflanzenbeet, Membrantechnologie etc.) und Auslauf in einen Vorfluter zugelassen werden, wenn die wasserrechtliche Erlaubnis hierfür der Verbandsgemeinde erteilt wird. Die Anlage muss dem Stand der Technik und den Voraussetzungen des LWG entsprechen.
- (2) Die Verbandsgemeinde bestimmt den Zeitpunkt, bis zu dem die Anlage vorhanden sein muss. Ausnahmen nach § 53 Abs. 3 LWG bleiben unberührt. Das Nähere ist über eine gesondert abzuschließende Vereinbarung festzulegen.

## **§ 16**

### **Niederschlagswasserbewirtschaftung**

- (1) Niederschlagswasser ist unter Beachtung der nachfolgenden Bestimmungen auf Anforderung der Verbandsgemeinde auf dem Grundstück zu verwerten oder einer schadlosen Ableitung zuzuführen.
- (2) Als dezentrale Anlagen der Niederschlagswasserbewirtschaftung können durch die Verbandsgemeinde, insbesondere
  - a) Versickerungsmulden (Versickerung über die belebte Bodenzone)
  - b) Mulden-Rigolen-System
  - c) Teiche mit Retentionszonen
  - d) Regenwasserspeicher/Zisternenverlangt werden.
- (3) Die Anlagen der Niederschlagswasserbewirtschaftung sind mit dem Entwässerungsantrag nachzuweisen. Soweit das Niederschlagswasser einer schadlosen Ableitung zuzuführen ist, ist in dem Entwässerungsantrag darzustellen, wie die Ableitung sichergestellt wird. Gleichmaßen ist im Entwässerungsantrag darzustellen, wohin das Niederschlagswasser bei der Nutzung von Niederschlagswasserbewirtschaftungsanlagen bei einer Funktionsstörung oder Überlastung derselben abfließt.
- (4) Soweit die Niederschlagswasserbeseitigung über Versickerungsmulden oder Mulden-Rigolen- Systeme erfolgt, sollten vom Grundstückseigentümer die technischen Anforderungen nach Anhang 3 beachtet werden.

- (5) Soweit im Rahmen der Niederschlagswasserbewirtschaftung eine öffentliche Anlage der Niederschlagswasserbeseitigung (Mulde/Mulden-Rigolen-System) in Anspruch genommen wird, ist der Grundstückseigentümer verpflichtet, im Falle eines Unfalls bzw. einer Kontaminierung des Bodens auf dem Grundstück die Verbandsgemeinde unverzüglich zu unterrichten. Die Verbandsgemeinde ist berechtigt, die Grundstücksmulde bzw. Grundstücksmuldenrigole sofort von der öffentlichen Niederschlagswasserbeseitigung abzuschleppen und vom Grundstückseigentümer alle erforderlichen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Entwässerungssystems einschließlich eines eventuell erforderlichen Bodenaustausches zur Verhinderung des Versickerns unzulässiger Stoffe in Boden und Grundwasser zu verlangen. Kommen die Grundstückseigentümer dieser Aufforderung nicht nach, kann die Verbandsgemeinde auf Kosten der Eigentümer die Schäden beseitigen.
- (6) Soweit im Rahmen der Niederschlagswasserbewirtschaftung die Ableitung von Niederschlagswasser in ein Gewässer erfolgt, hat jede vermeidbare Beeinträchtigung des Gewässers zu unterbleiben.
- (7) Soweit die Einleitung in ein Gewässer nicht als erlaubnisfrei im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen anzusehen ist, ist der Grundstückseigentümer verpflichtet, für diese Einleitung eine wasserrechtliche Erlaubnis zu beantragen.

## **§ 17**

### **Antrag auf Anschluss und Benutzung, Genehmigung**

- (1) Die Verbandsgemeinde erteilt nach den Bestimmungen dieser Satzung auf Antrag eine Genehmigung zum Anschluss an eine öffentliche Abwasseranlage und zum Einleiten von Abwasser. Die Verbandsgemeinde zeigt jeweils durch öffentliche Bekanntmachung an, wo betriebsfertige Kanäle nach dem Inkrafttreten dieser Satzung verlegt worden sind. Anträge auf Anschluss und Benutzung sind innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach der öffentlichen Bekanntmachung bei der Verbandsgemeinde zu stellen.
- (2) Der schriftlichen Genehmigung der Verbandsgemeinde bedürfen
  - a) das Anschließen der Grundstücksentwässerungsanlagen an einen Grundstücksanschluss. Werden während oder nach der Bauausführung diesbezügliche Änderungen vorgenommen, ist dies der Verbandsgemeinde unverzüglich anzuzeigen und eine Genehmigung dafür einzuholen.
  - b) die Benutzung der Abwasseranlagen (öffentliche Abwasseranlagen, Grundstücksanschlüsse, Kleinkläranlagen, Abscheider und Abwassergruben) sowie die Änderung der Benutzung.Die Genehmigung erfolgt unbeschadet der Rechte Dritter und der sonstigen bundes- oder landesgesetzlichen Bestimmungen.
- (3) Den Anträgen ist eine der Landesverordnung über Bauunterlagen und die bautechnische Prüfung (BauuntPrüfVO) entsprechende Darstellung der Grundstücksentwässerung beizufügen. Die Freistellung eines Bauvorhabens von der Baugenehmigungspflicht oder die Durchführung eines vereinfachten Baugenehmigungsverfahrens nach der Landesbauordnung (LBauO) entbindet den Grundstückseigentümer nicht von der Antragspflicht.
- (4) Für neu herzustellende oder zu verändernde Anlagen kann die Genehmigung davon abhängig gemacht werden, dass bereits vorhandene Anlagen, die den Vorschriften nicht entsprechen, diesen angepasst oder beseitigt werden.
- (5) Die Genehmigung des Antrages erlischt nach Ablauf eines Jahres, wenn mit den Ausführungsarbeiten nicht begonnen oder begonnene Arbeiten länger als ein Jahr eingestellt worden sind. Bei vorübergehenden oder vorläufigen Anschlüssen wird die Genehmigung widerruflich oder befristet ausgesprochen.

## **§ 18**

### **Überprüfung privater Abwasseranlagen, Zutrittsrecht**

- (1) Der Grundstückseigentümer hat die Fertigstellung der Grundstücksentwässerungsanlagen und deren Anschluss an den Grundstücksanschluss der Verbandsgemeinde anzuzeigen; vorher darf die Grundstücksentwässerungsanlage nicht in Betrieb genommen und der Leitungsraben nicht verfüllt werden; dies gilt entsprechend für Änderungen an der Grundstücksentwässerungsanlage. Die Verbandsgemeinde ist berechtigt, die Grundstücksentwässerungsanlage im Hinblick auf den ordnungsgemäßen Betrieb der öffentlichen Abwasserbeseitigungseinrichtung vorab

zu überprüfen. Werden diesbezügliche Mängel festgestellt, sind diese vor Inbetriebnahme der Grundstücksentwässerungsanlage zu beseitigen. Im Übrigen bleibt der Grundstückseigentümer für seine Anlage verantwortlich und die Verbandsgemeinde haftet nicht für die fehlerfreie und vorschriftsmäßige Ausführung der privaten Grundstücksentwässerungsanlage.

- (2) Die Verbandsgemeinde ist berechtigt, die Abwasseranlagen auf den Grundstücken zu überprüfen (Grundstücksentwässerungsanlagen, Kleinkläranlagen, Abscheider, Abwassergruben, Vorbehandlungs- und Speicheranlagen). Den damit beauftragten Personen ist zu allen Teilen der Anlagen Zutritt zu gewähren. Sie dürfen Wohnungen nur mit Einwilligung des Berechtigten, Betriebs- und Geschäftsräume ohne Einwilligung nur in den Zeiten betreten, in denen sie normalerweise für die jeweilige geschäftliche oder betriebliche Nutzung offen stehen. Grundstückseigentümer und Besitzer sind verpflichtet, die Ermittlungen und Überprüfungen nach den Sätzen 1 und 2 zu dulden und dabei Hilfe zu leisten. Sie haben den zur Prüfung des Abwassers notwendigen Einblick in die Betriebsvorgänge zu gewähren und sonstige erforderliche Auskünfte, insbesondere zu Art und Umfang des Abwassers und seiner Entstehung, jederzeit zu erteilen.
- (3) Werden bei der Überprüfung nach Absatz 2 Mängel festgestellt, hat sie der Grundstückseigentümer unverzüglich zu beseitigen.  
Das Gleiche gilt, wenn Fehleinleitungen aus den Grundstücksentwässerungsanlagen in die Grundstücksanschlüsse festgestellt und die Grundstückseigentümer zur Beseitigung der satzungswidrigen Einleitungen aufgefordert werden.
- (4) Der Zutritt zu den Abwasseranlagen ist in gleicher Weise auch dann zu gewähren, wenn die Verbandsgemeinde ihrer Überwachungspflicht nach § 53 Abs. 3 LWG für Grundstücke nachkommt, für die sie von der Abwasserbeseitigungspflicht freigestellt wurde.

## **§ 19**

### **Informations- und Meldepflichten**

- (1) Wechselt das Eigentum, hat dies der bisherige Eigentümer der Verbandsgemeinde innerhalb von zwei Wochen nach der Änderung schriftlich mitzuteilen. Dazu ist auch der neue Eigentümer verpflichtet.
- (2) Der Grundstückseigentümer hat den Abbruch eines angeschlossenen Gebäudes oder eine Veränderung, die den Grundstücksanschluss betrifft, der Verbandsgemeinde einen Monat vorher mitzuteilen.
- (3) Die Nutzung von Wasser, das nicht als Trinkwasser geliefert wird und zu Einleitungen in Abwasseranlagen führt, ist der Verbandsgemeinde anzuzeigen. Die Verbandsgemeinde ist berechtigt, den Einbau von geeichten Wasserzählern zur Messung der dem Abwasser zufließenden Brauchwassermengen zu verlangen.
- (4) Gelangen gefährliche oder schädliche Stoffe (z.B. durch Auslaufen von Behältern) in öffentliche Abwasseranlagen, so hat der Grundstückseigentümer die Verbandsgemeinde unverzüglich zu benachrichtigen.
- (5) Ändern sich Art und Menge des Abwassers erheblich, so hat der Grundstückseigentümer bzw. Benutzer der Abwasseranlage dies unverzüglich anzuzeigen und auf Verlangen die Unschädlichkeit des Abwassers nachzuweisen.
- (6) Für die Übermittlung von Informationen auf Grund des Umweltinformationsgesetzes (UIG) erhebt die Verbandsgemeinde Kosten (Gebühren und Auslagen) gemäß dem besonderen Gebührenverzeichnis des Ministeriums für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz in der jeweils geltenden Fassung.

## **§ 20**

### **Haftung**

- (1) Für Schäden, die durch satzungswidrige Benutzung oder satzungswidriges Handeln entstehen, haftet der Verursacher. Dies gilt insbesondere, wenn entgegen dieser Satzung schädliche Abwässer oder sonstige Stoffe in die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage abgeleitet werden. Ferner hat der Verursacher die Verbandsgemeinde von allen Ersatzansprüchen freizustellen, die andere wegen solcher Schäden gegen sie geltend machen.

- (2) Der Grundstückseigentümer haftet außerdem für alle Schäden und Nachteile, die der Verbandsgemeinde durch den mangelhaften Zustand der Grundstücksentwässerungsanlage, ihr vorschriftswidriges Benutzen und ihr nicht sachgemäßes Bedienen entstehen.
- (3) Mehrere Verursacher haften als Gesamtschuldner.
- (4) Wer durch Nichtbeachtung der Einleitungsbedingungen dieser Satzung die Erhöhung der Abwasserabgabe (§9 Abs. 5 Abwasserabgabengesetz) verursacht, hat der Verbandsgemeinde den erhöhten Betrag der Abwasserabgabe zu erstatten.
- (5) Ansprüche auf Schadensersatz wegen Rückstau aus der öffentlichen Abwasseranlage, z.B. bei Hochwasser, Wolkenbrüchen, Frostschäden oder Schneeschmelze gegen die Verbandsgemeinde bestehen nicht, es sei denn, dass Vorsatz oder Fahrlässigkeit der Verbandsgemeinde oder ihrer Erfüllungsgehilfen vorliegen. § 2 Abs. 3 Haftpflichtgesetz bleibt unberührt.

## **§ 21**

### **Ahndung bei Verstößen sowie Zwangsmaßnahmen**

- (1) Ordnungswidrig handelt gemäß § 24 Abs. 5 GemO, wer vorsätzlich oder fahrlässig einem Gebot oder Verbot dieser Satzung zuwiderhandelt, indem er
  1. Anschlüsse ohne die notwendigen Anträge und Genehmigungen (§ 4 Abs. 1 und 3, § 9 Abs. 1 und 2, § 17) oder entgegen den Genehmigungen (§ 17) oder entgegen den Bestimmungen dieser Satzung (§ 4 Abs. 1 und 3, § 7 Abs. 1, §§ 10 und 11) herstellt,
  2. sein Grundstück nicht anschließt oder anschließen lässt oder dafür nicht die notwendigen Vorkehrungen trifft und Anträge stellt (§§ 7,10 und 11),
  3. Abwasser entgegen den Bestimmungen dieser Satzung oder des Einzelfalles einleitet (§ 5, § 8 Abs. 2, § 18 Abs. 1),
  4. Fäkalschlamm und Abscheidegut entgegen den Bestimmungen dieser Satzung beseitigt (§ 12 Abs. 2 und 3, §§ 13, 14 und 15),
  5. Abwasseruntersuchungen nicht durchführt, durchführen lässt oder nicht die dafür erforderlichen Voraussetzungen schafft und notwendige Unterlagen vorlegt (§ 6),
  6. notwendige Anpassungen nicht durchführt (§ 4 Abs. 3, § 6 Abs. 5, § 7 Abs. 2 und 4, § 11 Abs. 2, 4 und 5) und Mängel nicht beseitigt (§ 6 Abs. 5, § 18 Abs. 3),
  7. das Entschlammn von Kleinkläranlagen oder das Entleeren von Abwassergruben nicht zulässt oder behindert (§§ 13,14 und 15),
  8. seinen Benachrichtigungspflichten § 13 Abs. 4, § 14 Abs. 4, § 19 Abs. 1,2, 4 und 5), Erklärungs- und Auskunftspflichten (§ 5 Abs. 6, § 6 Abs. 4, § 18 Abs. 2, § 17 Abs. 3), Nachweispflichten (§ 5 Abs. 6, § 12 Abs. 2, § 19 Abs. 5), Duldungs- und Hilfeleistungspflichten (§ 18 Abs. 2) nicht nachkommt,
  9. Grundstücksentwässerungsanlagen einschließlich Abscheider sowie Abwassergruben nicht ordnungsgemäß herstellt, unterhält, reinigt und betreibt (§§ 11 bis 15), oder wer, einer aufgrund dieser Satzung ergangenen, vollziehbaren Anordnung zuwiderhandelt. Ordnungswidrig sind außerdem Eingriffe in öffentliche Abwasseranlagen, die von der Verbandsgemeinde nicht ausdrücklich genehmigt sind, insbesondere das Entfernen von Schachtabdeckungen und Einlaufrosten.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu der im § 24 Abs. 5 GemO festgelegten Höhe geahndet werden. Das Bundesgesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 02.01.1978 (BGBl. I S. 80) sowie das Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 24.05.1968 (BGBl. I S. 503), beide in der jeweils geltenden Fassung, finden Anwendung.

- (3) Die Anwendung von Zwangsmitteln richtet sich nach den Vorschriften des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes von Rheinland-Pfalz.

## **§ 22 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am 01. November 2012 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage – Allgemeine Entwässerungssatzung – der Verbandsgemeinde Zell (Mosel) vom 11.12.1991 außer Kraft.

56856 Zell (Mosel), den 11.10.2012

Verbandsgemeindeverwaltung Zell (Mosel)

(Siegel)

**Karl Heinz Simon**  
Bürgermeister

## Anhang 1

zu § 1 Abs. 2 der Allgemeinen Entwässerungssatzung der Verbandsgemeinde Zell (Mosel)

Dieser Anhang stellt die Art der Entwässerung (Mischsystem, Trennsystem, qualifiziertes Trennsystem u.a.) für das gesamte Gebiet der Verbandsgemeinde Zell (Mosel), alphabetisch geordnet nach den einzelnen Gemeinden und innerhalb der Gemeinden nach Straßen, dar.

### Gemeinde Alf

<b>Straßenname</b>	<b>Entwässerungs- system</b>
Alte Poststraße	Trennsystem
Am Mühlenteich	Trennsystem
Am Prinzenkopf	Trennsystem
Am Sternwald	Trennsystem
Auf der Hill	Trennsystem
Auf Kockert	Trennsystem
Auf Tannerd	Trennsystem
Bad-Bertricher-Straße	Trennsystem
Bergstraße	Trennsystem
Brückenstraße	Trennsystem
Brunnenstraße	Trennsystem
Chorgasse	Trennsystem
Ferdinand-Remy-Straße	Trennsystem
Gartenweg	Trennsystem
Gartenwiese	Trennsystem
Himmelsleiter	Trennsystem
Im Winkel	Trennsystem
Junkergasse	Trennsystem
Kapellenstraße	Trennsystem
Kegelwiese	Trennsystem
Keltergasse	Trennsystem
Kirchstraße	Trennsystem
Koblenzerstraße	Trennsystem
Köhlergasse	Trennsystem
Küfergasse	Trennsystem
Meisengasse	Trennsystem
Moselstrasse	Trennsystem
Mühlenstraße	Trennsystem
Schmiedegasse	Trennsystem
Schrötergasse	Trennsystem
Schulgasse	Trennsystem
Soligstraße	Trennsystem
Willburgstraße	Trennsystem
Wittlicher Straße	Trennsystem
Zur Bleiche	Trennsystem

### Gemeinde Altlay

<b>Straßenname</b>	<b>Entwässerungs- system</b>
Ackerweg	Trennsystem
Breitenweg	Trennsystem
Fuchsstraße	Trennsystem
Grubenstraße	Trennsystem
Hauptstraße	Trennsystem
Im Brühl	Trennsystem
Im Eck	Trennsystem
Im Kammbach	Trennsystem
In der Frächt	Trennsystem
Kuhtrift	Trennsystem
Siedlung	Trennsystem

### Gemeinde Altstrimmig

<b>Straßenname</b>	<b>Entwässerungs- system</b>
Am Hügel	Mischsystem
Am Spielplatz	Mischsystem
Borwiese	Mischsystem
Gartenstraße	Mischsystem
Hunsrückstraße	Mischsystem
Im Flürchen	Mischsystem
Im Kallersroth	Trennsystem
Im Wiesengrund	Mischsystem
Josef-Theisen-Straße	Mischsystem
Kirchstraße	Mischsystem
Kondelstraße	Mischsystem
Steelstraße	Mischsystem
Talstraße	Mischsystem
Waldstraße	Trennsystem



## Gemeinde Blankenrath

<b>Straßenname</b>	<b>Entwässerungs- system</b>
Ahornstraße	Mischsystem
Am Berg	Trennsystem
Am Bienengäßchen	Mischsystem
Am Rehling	Mischsystem
Am Reitersgässchen	Mischsystem
An der Au	Mischsystem
An der Kirche	Mischsystem
Bergweg	Mischsystem
Birkenweg	Mischsystem
Buchenstraße	Mischsystem
Flaumbachstraße	Mischsystem
Gartenstraße	Mischsystem
Gewerbegebiet	Trennsystem
Hasericherstraße	Mischsystem
Hesweilerstraße	Mischsystem
Hunsrückstraße	Mischsystem
Im Blumengarten	Trennsystem
Im Brühl	Mischsystem
Im Flürchen	Mischsystem
Im Herrengarten	Mischsystem
Im Spieß	Mischsystem
Im Wiesengrund	Mischsystem
In der Metzenwies	Mischsystem
Lilienweg	Trennsystem
Marktplatz	Mischsystem
Mühlenweg	Mischsystem
Römerstraße	Mischsystem
Rosenweg	Trennsystem
Schulstraße	Mischsystem
Sonnenstraße	Mischsystem
Südstraße	Mischsystem
Tulpenweg	Trennsystem
Waldstraße	Mischsystem
Walhausenerstraße	Mischsystem
Zehntweg	Mischsystem
Zum Bocksbart	Trennsystem
Zum Hochwald	Mischsystem
Zum Marktplatz	Mischsystem
Zum Rehberg	Mischsystem
Zum Wäldchen	Mischsystem
Zur Alten Post	Mischsystem
Zur Bleiche	Mischsystem
Zur Höhe	Mischsystem
Zur Linn	Trennsystem
Zur Oberen Heide	Trennsystem

### Gemeinde Briedel

<b>Straßenname</b>	<b>Entwässerungs- system</b>
Alte Rathausstraße	Mischsystem
Auf dem Bach	Mischsystem
Balduinstraße	Mischsystem
Bergstraße	Mischsystem
Bracher Weg	Mischsystem
Burgunderweg	Trennsystem
Eltzerhofstraße	Mischsystem
Feldweg	Mischsystem
Gartenstraße	Mischsystem
Graf-Salm-Straße	Mischsystem
Hauptstraße	Mischsystem
Himmeroderstraße	Mischsystem
Im Kordel	Mischsystem
Im Wallgraben	Mischsystem
Im Weingarten	Mischsystem
Moselstraße	Mischsystem
Pumpwerk	Mischsystem
Römerstraße	Mischsystem
Springiersbacherstraße	Mischsystem
St. Martin-Weg	Trennsystem
Sündstraße	Mischsystem
Zehntstraße	Mischsystem

### Gemeinde Bullay

<b>Straßenname</b>	<b>Entwässerungs- system</b>
Alte Poststraße	Trennsystem
Am Bläderborn	Trennsystem
Am grünen Weg	Trennsystem
Am Königsberg	Mischsystem
Am Moseltor	Trennsystem
Am Moselufer	Trennsystem
Auf der Purth	Trennsystem
Auf Schiels	Trennsystem
Bahnhofstraße	Trennsystem
Bergstraße	Mischsystem/ Trennsystem
Brautrockstraße	Mischsystem
Burg-Arras-Straße	Trennsystem
Entlastungskanal Layenw.-Talb.	Trennsystem
Fährstraße	Trennsystem
Fußweg 1	Trennsystem
Gartenstraße	Trennsystem
Graf-Beisel-Straße	Mischsystem
Im Paulzefeld	Trennsystem
Im Tal	Trennsystem
Im Wiesengrund	Mischsystem
In der Donau	Trennsystem
Industriestraße Lohm.-PW II	Trennsystem
Kirchstraße	Trennsystem
Königswiese	Trennsystem

Langwies	Trennsystem
Layenweg	Mischsystem
Lindenplatz	Trennsystem
Marienburgstraße	Mischsystem
Moselstraße	Trennsystem
Neumerler Weg	Trennsystem
Nispelter Kehr	Trennsystem
Obere Bergstraße	Mischsystem
Römerstraße	Trennsystem
Sonneckstraße	Mischsystem
Umweltbahnhof	Mischsystem
Zandstraße	Trennsystem
Zehnhausstraße	Trennsystem
Zur Königslay	Mischsystem/ Trennsystem

#### **Gemeinde Forst**

<b>Straßenname</b>	<b>Entwässerungs- system</b>
Im Backesflur	Trennsystem
Oberdorf	Trennsystem
Ortsstraße	Trennsystem
Tannenweg	Trennsystem
Zur Eiche	Trennsystem

#### **Gemeinde Grenderich**

<b>Straßenname</b>	<b>Entwässerungs- system</b>
Am Rechgarten	Mischsystem
Am Sportplatz	Mischsystem
An der Großwies	Mischsystem
Bergstraße	Mischsystem
Brunnenstraße	Mischsystem
Forstweg	Mischsystem
Friedhofstraße	Mischsystem
Hauptstraße	Mischsystem
Im Schlüftchen	Mischsystem
Kläranlage	Mischsystem
Lindenstraße	Mischsystem
Matthiasfeld	Trennsystem
Poststraße	Mischsystem
Preisstraße	Mischsystem
Quellenweg	Mischsystem
Rosenbergstraße	Trennsystem
Schulstraße	Mischsystem
Südstraße	Mischsystem

### Gemeinde Haserich

<b>Straßenname</b>	<b>Entwässerungs- system</b>
Bornwiese	Trennsystem
Flaumbachstraße	Trennsystem
Hauptstraße	Trennsystem
Im Garten	Trennsystem
Kapellenweg	Trennsystem
Ortsstraße	Trennsystem
Waldstraße	Trennsystem

### Gemeinde Hesweiler

<b>Straßenname</b>	<b>Entwässerungs- system</b>
Am Berg	Trennsystem
Gartenstraße	Trennsystem
Hauptstrasse	Trennsystem
Ortsstraße	Trennsystem
Schulstraße	Trennsystem

### Gemeinde Liesenich

<b>Straßenname</b>	<b>Entwässerungs- system</b>
Auf Sohler	Mischsystem
Birkenweg	Mischsystem
Brunnenstraße	Mischsystem
Gartenstraße	Mischsystem
Hauptstraße	Mischsystem
Im Hof	Mischsystem
Kastanienweg	Mischsystem
Nikolausstraße	Mischsystem
Römerstraße	Mischsystem
Schulstraße	Mischsystem

### Gemeinde Mittelstrimmig

<b>Straßenname</b>	<b>Entwässerungs- system</b>
Auf der Fenn	Mischsystem
Auf Ferbel	Trennsystem
Auf Helmert	Mischsystem
Flurstraße	Mischsystem
Gartenstraße	Mischsystem
Hauptstraße	Mischsystem
Museumstraße	Mischsystem
Pöhlstraße	Mischsystem
Poststraße	Mischsystem
Schulstraße	Mischsystem

### Gemeinde Moritzheim

<b>Straßenname</b>	<b>Entwässerungs- system</b>
Dorfstraße	Trennsystem
Oberstraße	Trennsystem
Unterstraße	Trennsystem

### Ortsgemeinde Neef

<b>Straßenname</b>	<b>Entwässerungs- system</b>
Alte Kirchstraße	Mischsystem
Auf der Heid	Trennsystem
Auf der Kehr	Trennsystem
Bachtalstraße	Trennsystem
Fährstraße	Mischsystem
Kloster-Stuben-Straße	Mischsystem
Moseluferstraße	Mischsystem
Neue Kichstraße	Mischsystem
Neugartenstraße	Mischsystem
Petersbergstraße	Mischsystem

### Ortsgemeinde Panzweiler

<b>Straßenname</b>	<b>Entwässerungs- system</b>
Am Wachthübel	Trennsystem
Am Zehrech	Trennsystem
Brunnenstraße	Trennsystem
Gassenhof	Trennsystem
Gewerbegebiet	Trennsystem
Gutenbergstraße	Trennsystem
Hauptstraße	Trennsystem
Hubertusweg	Mischsystem
Johannisstraße	Trennsystem
Kapellenweg	Trennsystem
Ober der Kirche	Trennsystem
Ortsstraße	Mischsystem
Ringstraße	Mischsystem
Zur Schönen Aussicht	Trennsystem

### Ortsgemeinde Peterswald-Löffelscheid

<b>Straßenname</b>	<b>Entwässerungs- system</b>
Am Backhaus	Trennsystem
Am Forsthaus	Trennsystem
Amselweg	Trennsystem
Aufm Wasem	Trennsystem
Bachweg	Mischsystem
Beinhauserweg	Mischsystem
Bildchenweg	Trennsystem
Birkenweg	Trennsystem

Buchenweg	Mischsystem
Fleischgasse	Trennsystem
Gartenweg	Mischsystem
Hauptstraße	Mischsystem
Hinter Puhlenhaus	Trennsystem
Im Eck	Mischsystem
Im Schaffeld	Trennsystem
Kirchweg	Trennsystem
Oberwald	Mischsystem
Raiffeisenweg	Mischsystem
Schulweg	Trennsystem
Südstraße	Trennsystem
Zeller-Straße	Trennsystem

### Gemeinde Pünderich

<b>Straßenname</b>	<b>Entwässerungs- system</b>
Alte Moselbahn	Mischsystem
Am Kindergarten	Mischsystem
Am Rebstock	Mischsystem
Bahnhofstraße	Mischsystem
Düppelstraße	Mischsystem
Eichhausstraße	Mischsystem
Eltzerstraße	Mischsystem
Frankenstraße	Mischsystem
Friedhofstraße	Mischsystem
Hauptstraße	Mischsystem
Im Planters	Mischsystem
Im Schatzgraben	Trennsystem
Im Wingert	Mischsystem
In der Kurtel	Mischsystem
Kapellenstraße	Mischsystem
Keltenstraße	Mischsystem
Kirchstraße	Mischsystem
Marienburgerstraße	Mischsystem
Moselallee	Mischsystem
Raiffeisenstraße	Mischsystem
Rathausstraße	Mischsystem
Rieslingweg	Mischsystem
Römerstraße	Mischsystem
Schulstraße	Mischsystem
Springiersbacherstraße	Mischsystem
Waldstraße	Mischsystem
Zum Bussflur	Mischsystem
Zum Rittersturz	Mischsystem
Zum Rosenberg	Mischsystem

### Gemeinde Reidenhausen

<b>Straßenname</b>	<b>Entwässerungs- system</b>
Backhausstraße	Trennsystem
Gartenstraße	Trennsystem
Großtriescher	Trennsystem
Kirchstrasse	Trennsystem
Linsenberg	Trennsystem
Mittelweg	Trennsystem
Schulstraße	Trennsystem
Weierstraße	Trennsystem
Wiesenweg	Trennsystem
Zum Heidenfeld	Trennsystem
Zum Thonhügel	Trennsystem

### Gemeinde Schauren

<b>Straßenname</b>	<b>Entwässerungs- system</b>
Auf Beilsteinchen	Trennsystem
Auf Hahn	Mischsystem
Brühlgasse	Trennsystem
Ferienpark	Mischsystem
Gartenstraße	Trennsystem
Hauptstraße	Trennsystem
Höhenweg	Trennsystem
Im Flürchen	Trennsystem
Im Wieschen	Trennsystem
Ober der Umkehr	Mischsystem
Parkstraße	Mischsystem

### Gemeinde Sosberg

<b>Straßenname</b>	<b>Entwässerungs- system</b>
Am Hof	Mischsystem
Am Pfad	Mischsystem
An der Kirche	Mischsystem
Auf dem Winneweg	Trennsystem
Hauptstraße	Mischsystem
Im Acker	Mischsystem
Im Hassel	Mischsystem
Kirchweg	Mischsystem
Steilweg	Mischsystem

### Gemeinde St. Aldegund

<b>Straßenname</b>	<b>Entwässerungs- system</b>
Alte Kirchgasse	Mischsystem
Am Moselstausee	Mischsystem
Auf der Teusch	Mischsystem
Bergstraße	Mischsystem
Brunnenstraße	Mischsystem
Christophorusstraße	Mischsystem
Im Bungert	Mischsystem
Kapellenstraße	Mischsystem
Klosterkammerstraße	Mischsystem
Römerstraße	Mischsystem
Zehnthausstraße	Mischsystem

### Gemeinde Tellig

<b>Straßenname</b>	<b>Entwässerungs- system</b>
Backhausstraße	Trennsystem
Buchenweg	Trennsystem
Eichenweg	Trennsystem
Fichtenweg	Trennsystem
Gewerbegebiet	Trennsystem
Hauptstraße	Trennsystem
Industriestraße	Trennsystem
Raiffeisenstraße	Trennsystem
Schulstraße	Trennsystem
Südstraße	Trennsystem
Wagenweg	Trennsystem

### Gemeinde Walhausen

<b>Straßenname</b>	<b>Entwässerungs- system</b>
Ahornweg	Trennsystem
Backhausstraße	Trennsystem
Hauptstraße	Trennsystem
Lindenstraße	Trennsystem
Mittelstraße	Trennsystem
Neubaugebiet"Obig Walhausen"	Trennsystem
Schulstraße	Trennsystem
Südstraße	Trennsystem
Waldweg	Trennsystem
Wiesenweg	Trennsystem
Zur Trift	Trennsystem



## Stadt Zell

<b>Straßenname</b>	<b>Entwässerungs- system</b>
Adlerstraße	Trennsystem
Ahornweg	Trennsystem
Akazienweg	Trennsystem
Alte Kirchgasse	Trennsystem
Altlayer Bachtal	Trennsystem
Am Bahnhof	Trennsystem
Am Meerpool	Trennsystem
Am Römerbad	Trennsystem
Am Rosenkreuz	Trennsystem
Am Schulzentrum	Trennsystem
Am Streitwald	Trennsystem
Amselweg	Trennsystem
Bachgasse	Trennsystem
Backhausgasse	Trennsystem
Balduinstraße	Trennsystem
Barl-Marientaler Au(Steilstr.)	Trennsystem
Barlstraße	Trennsystem
Berggasse	Trennsystem
Bergwinkel	Trennsystem
Birkenweg	Trennsystem
Boos von Waldeckhof	Trennsystem
Brandenburg	Trennsystem
Buchenstraße	Trennsystem
Corray	Trennsystem
Cuxborn	Trennsystem
Eichamtgasse	Trennsystem
Eichenstraße	Trennsystem
Erlenweg	Trennsystem
Fährgasse	Trennsystem
Falkenstraße	Trennsystem
Fasanenweg	Trennsystem
Fichtenweg	Trennsystem
Finkenweg	Trennsystem
Fliehbürgstraße	Trennsystem
Gartenstraße	Trennsystem
Gewerbegebiet	Trennsystem
Großgasse	Trennsystem
Halfengasse	Trennsystem
Hauptstraße	Trennsystem
Heinzenberg	Mischsystem
Hillengasse	Trennsystem
I.Barlzufahrt	Trennsystem
Im Birkenhell	Trennsystem
Im Fettgarten	Trennsystem
Im Kleefeld	Trennsystem
Im Kurtelhof	Trennsystem
Im Monwingert	Trennsystem
Im Nydeck	Trennsystem
Im Winkel	Trennsystem
In den Sandgärten	Trennsystem
In der Burglay	Trennsystem
In der Furth	Trennsystem

In Spay	Trennsystem
Jakobstraße	Trennsystem
Johannesbrunnengasse	Trennsystem
Johannesgasse	Trennsystem
Kapellenstraße	Trennsystem
Kapellenweg	Trennsystem
Karlgasse	Trennsystem
Käsgasse	Trennsystem
Kellereigasse	Trennsystem
Keltengasse	Trennsystem
Keltenring	Trennsystem
Kiefernweg	Trennsystem
Kirchgasse	Trennsystem
Klemensgasse	Trennsystem
Klosterweg	Trennsystem
Königsbergweg	Mischsystem
Krämergasse	Trennsystem
Kreuzgasse	Trennsystem
Kurtriererstraße	Trennsystem
Lärchenweg	Trennsystem
Lindenplatz	Trennsystem
Marienburger Straße	Trennsystem
Mariengasse	Trennsystem
Marientaler Au	Trennsystem
Marktstraße	Trennsystem
Matthiasgasse	Trennsystem
Maximngasse	Trennsystem
Maximinplatz	Trennsystem
Meisenweg	Trennsystem
Merler Straße	Trennsystem
Michaelsgasse	Trennsystem
Mittelstraße	Trennsystem
Mönchlay	Trennsystem
Mosel-Hamm-Ufer	Trennsystem
Moselpromenade	Trennsystem
Mühlental	Trennsystem
Neue Kehr	Trennsystem
Neuekehr	Trennsystem
Notenau	Trennsystem
Obere Seitenstraße	Trennsystem
Oberstraße	Trennsystem
Paulusgasse	Trennsystem
Petersstraße	Trennsystem
Pfalzgasse	Trennsystem
Pfarrgasse	Trennsystem
Plänterstraße	Trennsystem
Postgasse	Trennsystem
Pützgasse	Trennsystem
Ratsgasse	Trennsystem
Rohrgasse	Trennsystem
Römerstraße	Trennsystem
Schloßstraße	Trennsystem
Schrötergasse	Trennsystem
Sperberstraße	Trennsystem
Spitalgasse	Trennsystem
Sponheimergasse	Trennsystem

St.-Jakobus-Pfarrstraße	Trennsystem
St.-Johannis-Graben	Trennsystem
Starenweg	Trennsystem
Stetzgis-von-Treis-Weg	Trennsystem
Straße von Antoing	Trennsystem
Straße von Crepy	Trennsystem
Straße von Triptis	Trennsystem
Talblick	Trennsystem
Tannenweg	Trennsystem
Theisengasse	Trennsystem
Untere Barlstraße	Trennsystem
Vogteigasse	Trennsystem
Waldbornstraße	Trennsystem
Willi-Gräbner-Straße	Trennsystem
Winzerstraße	Trennsystem
Zandtstraße	Trennsystem
Zehntgasse	Trennsystem
Zeller Kehr	Trennsystem
Zum alten Kirchturm	Trennsystem
Zur alten Schanze	Trennsystem

## **Anhang 2: Allgemeine Richtwerte für die wichtigsten Beschaffenheitskriterien (gemäß Anhang A.1. des DWA-M 115 – Teil 2)**

*Vorbemerkung: Die jeweiligen Untersuchungsverfahren bestimmen sich nach DWA-M 115 – Teil 2, Anhang A.2*

### **1) Allgemeine Parameter**

- a) Temperatur** **35 ° C**
- b) pH-Wert** **min. 6,5; max. 10,0**
- c) Absetzbare Stoffe** **nicht begrenzt**

*Soweit eine Schlammabeseitigung wegen der ordnungsgemäßen Funktionsweise der öffentlichen Abwasseranlage erforderlich ist, kann eine Begrenzung im Bereich von 1-10 ml/l nach 0,5 Stunden Absetzzeit, in besonderen Fällen auch darunter, erfolgen.*

### **2) Organische Stoffe und Stoffkenngrößen**

- a) Schwerflüchtige lipophile Stoffe** **300 mg/l gesamt**  
**(u.a. verseifbare Öle, Fette)**  
*Soweit noch das bisherige Verfahren nach DIN 38409 Teil 17 angewendet wird, gilt ein Grenzwert von 250 mg/l.*
  
- b) \* Kohlenwasserstoffindex** **100 mg/l gesamt**  
**Verschärfter Grenzwert** **20 mg /l,**  
soweit im Einzelfall eine weitergehende Entfernung der Kohlenwasserstoffe erforderlich ist.  
*Soweit im Einzelfall eine Vorbehandlung mit Leichtstoffabscheidern nach DIN 1999 und DIN EN 858 nicht ausreicht, um Störungen in der öffentlichen Abwasseranlage zu vermeiden, müssen wirksamere Vorbehandlungstechniken ( z.B. Koaleszenzabscheider) eingesetzt werden.*
  
- c) \* AOX – Absorbierbare organische Halogenverbindungen** **1 mg/l**  
*Auf Antrag kann im Einzelfall unter den Voraussetzungen der Bemerkung des DWA-M 115 – Teil 2, Anhang 2 zu diesem Parameter ein höherer Wert widerruflich zugelassen werden.*
  
- d) \* Leichtflüchtige halogenierte Kohlenwasserstoffe (LHKW)** **0,5 mg/l**  
*Der Richtwert gilt für die Summe Trichlorethen, Tetrachlorethen, 1,1,1-Trichlorethan, Dichlormethan und Trichlormethan, gerechnet als Chlor, insbesondere zum Schutz der in den abwassertechnischen Anlagen arbeitenden Menschen. Soweit im Abwasser weitere leichtflüchtige, chlorierte Kohlenwasserstoffe, wie z.B. Tetrachlormethan, 1,1-Dichlorethan, 1,2-Dichlorethan, 1,1,2-Trichlorethan, 1,1-Dichlorethen, cis- und trans-1,2-Dichlorethen, 1,2-Dichlorpropan, 1,3-Dichlorpropan, cis- und trans-1,3-Dichlorpropen, 1,1,2,2-Tetrachlorethan oder Hexachlorethan enthalten sind, sind diese Stoffe in die Summenbildung einzubeziehen.*
  
- e) \* Phenolindex, wasserdampflich** **100 mg/l**
  
- f) Farbstoffe** **Keine Färbung des Vorfluters**  
*Farbstoffe dürfen nur in einer so niedrigen Konzentration eingeleitet werden, dass der Vorfluter nach Einleitung des Ablaufs einer mechanisch-biologischen Kläranlage visuell nicht gefärbt erscheint.*
  
- g) Organische halogenfreie Lösemittel**  
*Der Richtwert gilt für mit Wasser ganz oder teilweise mischbare und gemäß OECD 301 biologisch leicht abbaubare Lösemittel (entnehmbar aus Sicherheitsdatenblatt).*

### 3) Metalle und Metalloide

* <b>Antimon (Sb)</b>	<b>0,5 mg/l</b>
<i>Im Einzelfall kann dieser Grenzwert auf Antrag angepasst werden.</i>	
* <b>Arsen (As)</b>	<b>0,5 mg/l</b>
* <b>Blei (Pb)</b>	<b>1 mg/l</b>
* <b>Cadmium (Cd)</b>	<b>0,5 mg/l</b>
* <b>Chrom (Cr)</b>	<b>1 mg/l</b>
* <b>Chrom-VI (Cr)</b>	<b>0,2 mg/l</b>
* <b>Cobalt (Co)</b>	<b>2 mg/l</b>
* <b>Kupfer (Cu)</b>	<b>1 mg/l</b>
* <b>Nickel (Ni)</b>	<b>1 mg/l</b>
* <b>Silber (Ag)</b>	<b>gemäß AbwVO</b>
* <b>Quecksilber (Hg)</b>	<b>0,1 mg/l</b>
* <b>Zinn (Sn)</b>	<b>5 mg/l</b>
* <b>Zink (Zn)</b>	<b>5 mg/l</b>

Für **Aluminium (Al)** und **Eisen (Fe)** können, sofern, soweit keine Schwierigkeiten bei der Abwasserableitung und –reinigung auftreten, im Einzelfall Anforderungen festgelegt werden.

### 4) Weitere Anorganische Stoffe

<b>Stickstoff aus Ammonium / Ammoniak (NH<sub>4</sub>-N, NH<sub>3</sub>-N)</b>	<b>100 mg/l &lt; 5000 EW</b> <b>200 mg/l &gt; 5000 EW</b>
<b>Stickstoff aus Nitrit (NO<sub>2</sub>-N), falls höhere Frachten anfallen</b>	<b>10 mg/l</b>
<i>Auf Antrag kann der Wert im Einzelfall unter den Voraussetzungen der Bemerkungen des DWA-M 115 – Teil 2, Anhang 2 zu diesem Parameter auf bis zu 100 mg/l erhöht werden.</i>	
* <b>Cyanid, leicht freisetzbar</b>	<b>1 mg/l</b>
<b>Sulfat (SO<sub>4</sub><sup>2-</sup>)</b>	<b>600 mg/l<sup>1)</sup></b>
* <b>Sulfid (S<sup>2-</sup>)</b>	<b>2 mg/l</b>
<b>Flourid (F<sup>-</sup>)</b>	<b>50 mg/l</b>
<b>Phosphor gesamt (P)</b>	<b>50 mg/l</b>

*Auf Antrag kann im Einzelfall unter den Voraussetzungen der Bemerkung des DWA-M 115 – Teil 2, Anhang 2 zu diesem Parameter ein höherer Wert widerruflich zugelassen werden.*

### 5) Chemische und biochemische Wirkungskenngrößen

<b>Spontane Sauerstoffzehrung</b>	<b>100 mg/l</b>
-----------------------------------	-----------------

An Indirekteinleiter mit **nitrifikationshemmendem Abwasser** können im Einzelfall bei entsprechenden betrieblichen Problemen auf der kommunalen Kläranlage besondere Anforderungen gestellt werden.

An Indirekteinleiter, deren Abwasser Probleme mit der **aeroben biologischen Abbaubarkeit** im Kläranlagenbetrieb verursacht, können im Einzelfall besondere Anforderungen für nicht abbaubare CSB/TOC als Konzentrations- bzw. Frachtwerte für die Indirekteinleitung gestellt werden.

---

\* Parameter mit Anforderungen nach dem Stand der Technik in den Anhängen zur AbwVO

<sup>1)</sup> In Einzelfällen können gemäß DWA-M 115 – Teil 2, Anhang A.1. je nach Baustoff, Verdünnung und örtlichen Verhältnissen höhere Werte zugelassen werden.

## Anhang 3

### Technische Anforderungen an die „private“ Niederschlagswasserbewirtschaftung

Der Grundstückseigentümer sollte bei einer Niederschlagswasserbeseitigung über Versickerungsmulden oder Mulden-Rigolen-Systeme auf dem eigenen Grundstück folgende technischen Anforderungen beachten:

- a) Um eine sach- und handwerksgerechte Herstellung zu gewährleisten, sollten die Bauarbeiten nur durch entsprechend qualifizierte Firmen ausgeführt werden. Die Verbandsgemeinde sollte vor der Auftragserteilung beteiligt werden.
- b) Während der Bauzeit anfallendes Niederschlagswasser und ggf. auftretendes Grundwasser soll in die fertig gestellte öffentliche Mulde, öffentliche Mulden-Rigole oder den Regenwasserkanal eingeleitet werden.
- c) Gegen eine eventuelle Vernässung der Baugrundstücke durch drückendes Wasser haben sich die jeweiligen Eigentümer selbst zu schützen.
- d) Der Abstand von unterkellerten Gebäuden zu Versickerungseinrichtungen sollte mindestens 6,0 m betragen, im Falle wasserdicht ausgebildeter Keller auch ein geringerer Abstand. Bei Mulden sollte der Abstand mindestens 2,0 m betragen (vgl. Arbeitsblatt ATV-DVWK-A 138 der DWA Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V., vormals ATV-DVWK).
- e) Die Grundstücksmulden oder Mulden-Rigole sollten als Grünflächen angelegt und unterhalten werden. Auf und in unmittelbarer Nähe von Rigolen sollte keine Bäume gepflanzt oder andere beeinträchtigende Anpflanzungen vorgenommen werden.
- f) Um ein frühzeitiges Zusetzen der Mulden bzw. Mulden-Rigolen mit der Folge von Funktionsstörungen zu verhindern, sollte mindestens einmal jährlich Pflege- und Unterhaltungsarbeiten vom Grundstückseigentümer veranlasst werden. Diese Pflege- und Unterhaltungsarbeiten umfassen u.a. die Kontrolle, das Mähen und das Laubfreihalten der Mulden sowie das Vertikutieren (Auflockern) des Bodens über der Mulden-Rigole bzw. in der Mulde (vgl. Merkblatt für die Kontrolle und Wartung von Sickeranlagen (Ausgabe 2002, der Forschungsanstalt für Straßen- und Verkehrswesen, Arbeitsgruppe „Erd- und Grundbau“).
- g) Der Grundstückseigentümer soll, insbesondere in der Bauphase, alle Maßnahmen unterlassen, die die Funktionsfähigkeit des Mulden/Mulden-Rigolen-Systems im privaten und öffentlichen Bereich beeinträchtigen können, insbesondere jegliche Befahrung und sonstige Verdichtung, Benutzung als Lagerstelle, Bepflanzung oder vergleichbares.